

Neue Quartalsberichte online

Die Quartalsberichte zur Medienwirtschaft für den Zeitraum Oktober bis Dezember 2017 von Gert Hautsch stehen online. Sie bestehen wie immer aus drei Teilen:

- Branchenübersicht:
Streaming statt Fernsehen
- Konzernübersichten:
ProSiebenSat.1 hat Probleme
- Übernahmen und Beteiligungen:
Von Athesia bis Zeitverlag

Direkter Link zu den Quartalsberichten:

<http://tinyurl.com/m4qledu>

Presseausweis für Profis

Auch in diesem Jahr gibt es wieder einen neuen Presseausweis mit neuer Farbstellung und weiteren Sicherheitsmerkmalen. Der Presseausweis bleibt ein wichtiges Recherchewerkzeug für alle hauptberuflich tätigen Journalistinnen und Journalisten.

Ausführliche Informationen

<http://tinyurl.com/mmf8xx>

Bildhonorare 2018

Die Broschüre „Bildhonorare 2018“: Der Preis für ver.di-Mitglieder beträgt für die Printausgabe 19,80 Euro + 5 Euro Versandgebühr, die E-Paper-Ausgabe für mobile iOS- und Android-Geräte kostet 17,80 Euro. Bei Bestellung bitte die ver.di-Mitgliedsnummer angeben.

Fax: 030 324 7001

E-Mail: info@bvpa.org

www.bvpa.org/bildhonorare/

Weniger Beschwerden

1788 Leser/innen haben sich 2017 beim Deutschen Presserat über Veröffentlichungen in Printmedien oder ihren Online-Auftritten beschwert. Insgesamt sprach der Presserat 21 öffentliche Rügen, 58 Missbilligungen und 153 Hinweise aus. 2017 zudem ein wichtiges Thema: Die Diskussion über die Richtlinie gegen Diskriminierung, die überarbeitet wurde. Erfreulich war, dass im Jahr 2017 unter Federführung des Presserats wieder die offizielle Autorisierung des Bundespresseausweises durch die Innenministerkonferenz erreicht wurde. Ausführlicher Bericht auf M-Online:

<https://tinyurl.com/y9bj3k6j>

Tarifrunde Tageszeitungsredaktionen 2018:

Schuss nicht gehört!



Foto: ver.di

Die dritte Verhandlungsrunde für die rund 13.000 Tageszeitungsjournalistinnen und -journalisten ist ohne Ergebnis am 12. März zu Ende gegangen.

„Offenbar haben die Verleger den Schuss der streikenden Kolleginnen und Kollegen noch nicht gehört: Sie haben ihr vorheriges Angebot nur minimal verändert und wollen den Reallohnverlust für weitere 30 Monate fortsetzen. Und auch wenn es jetzt ein Angebot für eine Mindesthöhung für Berufseinstiegsgehälter gibt: Das ist insgesamt noch vollkommen ungenügend und provoziert weitere Arbeitsniederlegungen“, konstatierte der Verhandlungsführer der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di, Matthias von Fintel.

Nach Streiks in Redaktionen in Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern hatte der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) eine einmalige Mindesthöhung von 120 Euro für Berufseinsteiger sowie einer Erhöhung der Gehälter und Honorare von insgesamt 2,6 Prozent in zwei Stufen jeweils zum 1. August 2018 und 2019 angeboten. „Nach wie vor beharrt der BDZV aber auf seiner Forderung, Stufensprünge in der Gehaltstabelle

von konkreten Aufgabenzuweisungen mit entsprechender Qualifikation abhängig zu machen: „Dieser Sanktionsmechanismus, den die Verleger einbauen wollen, unterstellt, dass sich die Kolleginnen und Kollegen nicht weiterbilden wollen. Dabei ist Weiterbildung Möglichkeit und Chance für noch bessere journalistische Arbeit. Es besteht dringender Bedarf an Qualifizierung, den wir konkret tarifvertraglich fassen wollen. Allerdings darf es hier keine Abhängigkeit vom Gehaltsgefüge geben. Notwendig ist ein eigener Weiterbildungstarifvertrag, wie er auch in anderen Branchen gang und gäbe und zeitgemäß ist“, forderte von Fintel. Die dju in ver.di fordert eine Erhöhung der Gehälter und Honorare um 4,5 Prozent, mindestens aber um 200 Euro sowie eine einjährige Laufzeit des zum Ende 2017 gekündigten Gehaltstarifvertrags. Die Verhandlungen werden am 9. April 2018 in Berlin fortgesetzt.

Beteiligt Euch und macht deutlich, dass Ihr hinter der Forderung der dju in ver.di steht und bereit seid, dafür zu kämpfen!

Ausführliche Informationen zu Aktionen, zum Stand der Verhandlungen und Hintergrundinfos:

www.dju.verdi.de/rein/tarifrunde

Ippen löst Besorgnis aus

Der Verkauf der Frankfurter Societäts-Druckerei, der Frankfurter Neuen Presse, der Frankfurter Rundschau und weiterer Betriebe durch die FAZ bzw. die FAZIT-Stiftung an die Firma ZHH aus der Ippen-Gruppe hat für erhebliche Unruhe in den betroffenen Belegschaften geführt. Auf einer von ver.di organisierten Versammlung haben sich am 10. März die Beschäftigten aus den betroffenen Betrieben über die möglichen Folgen für Arbeitsplätze und tarifliche Regelungen informiert. In einer zum Abschluss der Veranstaltung verabschiedeten Erklärung forderten sie von den neuen Eigentümern die Sicherung aller Arbeitsplätze, Tarifbindungen und Betriebsvereinbarungen einzuhalten, tariflose Gesellschaften so bald wie möglich in eine Tarifbindung zu überführen.

<https://tinyurl.com/yBekpwt9>

Einbußen für Zeitungszusteller

Still und heimlich wurde von den Koalitionspartnern Union und SPD eine Sonderregelung für Zeitungszusteller im Koalitionsvertrag eingebaut: Zur „Sicherung der bundesweiten Versorgung mit Presseerzeugnissen für alle Haushalte“ soll demnach der Rentenbeitrag für Zeitungszusteller zunächst fünf Jahre „von 15 auf 5 Prozent abgesenkt“ werden. Sollte dies von der großen Koalition umgesetzt werden, würden Zeitungszusteller die als Minijobber arbeiten, den Minijobbern in Privathaushalten gleichgestellt. Dadurch verschöbe sich dann die Beitragslast: statt bisher 3,6 Prozent hätten sie künftig 13,6 Prozent Eigenanteil zu tragen. Sollten sie sich auch noch von der Rentenversicherungspflicht im Minijob befreien lassen, bekämen sie geringere Rentenanwartschaften.

Bundesarbeitsministerin Katarina Barley (SPD) äußerte sich in der Talkshow „Maischberger“ dahingehend, es sei geplant, dass der Staat die Beitragsverluste der Zeitungszusteller entsprechend ausgleichen werde. Doch dies ist im Koalitionsvertrag nicht dokumentiert. Die Frage, warum dies nicht im Koalitionsvertrag steht, blieb unbeantwortet.

Abschluss Buchverlage Berlin

Ende des Jahres 2017 konnte nach mehrstündigen Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite ein Tarifergebnis erreicht werden.

Danach erhöhen sich die Löhne, Gehälter und Ausbildungsergütungen im herstellenden und verbreitenden Buchhandel effektiv um vier Prozent.

Die Entgelte steigen nominal ab dem 1. Januar 2018 um zwei Prozent und ab dem 1. Januar 2019 um weitere 1,96 Prozent. Der Tarifvertrag ist erstmals zum 31. Dezember 2019 kündbar und hat somit eine Laufzeit von 24 Monaten.

Dieses Ergebnis kam nach mehreren Verhandlungsunterbrechungen zustande und spiegelt zum einen die Interessen der Beschäftigten und zum anderen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Unternehmen wider.



Funke Mediengruppe in Hamburg:

Erst kommt ESSEN, dann kommt die Moral!

Die Funke-Mediengruppe in Hamburg (u.a. „Hamburger Abendblatt“, Bild der Frau, Hörzu, „Bergedorfer Zeitung“) ist bei den Gewerkschaften DJV und ver.di erneut in die Kritik geraten.

Vor dem Hamburger Verlagshaus des Essener Unternehmens demonstrierten am 20. Februar Beschäftigte für die Fortführung des auslaufenden Rationalisierungsschutzabkommens. Die Funke-Mediengruppe lehnt Verhandlungen ab.

„Wer Verhandlungen über eine Betriebsvereinbarung zum Schutz seiner Mitarbeiter ablehnt, gibt nicht zu erkennen, dass er seine eigenen Unternehmenswerte ernst nimmt“, sagte ver.di-Fachbereichsleiter Martin Dieckmann. Er bezog sich damit auf das Credo der Funke-Mediengruppe „Erfolgreich durch gemeinsame Werte – wir arbeiten miteinander und füreinander.“

DJV-Landesgeschäftsführer Stefan Endter forderte die Funke-Geschäftsleitung auf, ihre Blockadehaltung aufzugeben und endlich an den Verhandlungstisch zu kommen.

„Ein sozialer Arbeitgeber wird über die Fortführung eines seit vielen Jahren geltenden Ratioschutzes verhandeln. Die Weigerung der Funke-Geschäftsleitung ist inakzeptabel und schürt die Sorge der Mitarbeiter um ihre Arbeitsplätze.“

Das Rationalisierungsschutzabkommen ist im Jahr 2013 beim Verkauf des Abendblattes und der Programm- und Frauenzeitschriften von Springer auf Funke übergegangen. Es läuft im Juni 2018 aus. Es sieht Regelungen vor, die die Mitarbeiter bei Stellenabbau und Betriebsverlagerungen schützen. Dazu zählen Ansprüche auf Qualifizierung, Altersteilzeit, Nachteilsausgleich und Abfindungszahlungen.

Rheinische Redaktionsgemeinschaft:

Landesschlichterin soll eingeschaltet werden

In der Auseinandersetzung um die Anerkennung der Flächentarifverträge für die Rheinische Redaktionsgemeinschaft (RRG) von „Kölner Stadt-Anzeiger“ und „Kölnischer Rundschau“ wollen die Gewerkschaften die Landesschlichterin NRW einschalten.

Diesen Vorschlag unterbreitete die Verhandlungskommission von ver.di und DJV in der zehnten Gesprächsrunde, die am 13. Februar in Köln stattgefunden hat. Die Arbeitgeberseite legte sich nicht fest, ob sie diesem Vorschlag folgt. Man sei mit dem Verfahren nicht vertraut und werde sich in den nächsten Tagen informieren.

Die Arbeitnehmervertreter sind in den vergangenen vier Verhandlungsrunden seit Januar zunehmend zu der Überzeugung gelangt, dass eine Einigung mit der Arbeitgeberseite allein auf dem bisherigen Verhandlungsweg nicht möglich ist. Die Reaktion der Arbeitgeberseite auf ein weitreichendes zweites Angebot, das

die Gewerkschaften vorgelegt haben, bestätigte diese Einschätzung. Die Arbeitgeberseite wies den Kompromissvorschlag zurück.

Die Gewerkschaften wollen, dass die kompletten Redakteurstarifverträge (Mantel- und Gehaltstarifvertrag) für alle derzeit in der RGG Beschäftigten gelten. Für alle Neueinstellungen dagegen soll der Manteltarifvertrag mit nur noch 13,2 statt 13,5 Gehälter für Weihnachts- und Urlaubsgeld gelten. Auch der Gehaltstarifvertrag soll für Neueinstellungen angewandt werden, allerdings mit Verzicht der letzten Gehaltsstufe ab dem 15. Berufsjahr. Zu diesem Zeitpunkt soll ein obligatorisches Gehaltsgespräch stattfinden. Auch für die Sekretärinnen und Sekretäre sollen Mantel- und Gehaltstarifverträge gelten. Darunter sollen auch alle Neueinstellungen fallen.

<http://zeitungsmacher.koeln>

Madsack Mediengruppe:

Lokales Digital-Geschäft wird zentralisiert

Die Online-Angebote der Ostsee-Zeitung und aller anderen Titel des Konzerns aus Niedersachsen sollen künftig von einer Gemeinschaftsredaktion produziert werden. Die „Digital-Offensive“ hat für die Verlage eine bittere Kehrseite: Während in Hannover personell aufgestockt werden soll, verlieren die Redaktionen vor Ort weitere Stellen.

Kollektivierung à la Madsack: Die Chefetage des Konzerns aus Hannover, dessen größter Einzelgesellschafter die SPD-Medienholding ddivg ist, will regionale Digitalangebote wie Ostsee-Zeitung.de künftig zentral an der Leine produzieren lassen. Dazu soll in den kommenden Monaten eine Gemeinschaftsredaktion namens „Digital Hub“ mit 70 Stellen eingerichtet werden.

Konzern-Chef Thomas Düffert, bislang vor allem bekannt als Autor des Spar- und Personalabbaukonzepts „Madsack 2018“, spricht von einem „Investitionsprogramm“ und verkündet hochfliegende Pläne. Man strebe eine führende Position unter den deutschen Nachrichtenportalen an. Während Madsack bisher vor allem mit den Angeboten seiner Regionalverlage Reichweite erzielte, will man online künftig gerne in der Liga von „Spiegel“, „Welt“ & Co. mitspielen.

Kehrseite der Medaille: Die Redaktionen vor Ort werden personell erneut geschwächt.

Denn knapp die Hälfte der 70 Stellen wird innerhalb des Konzerns nach Hannover umgeschichtet – weg von den regionalen Titeln, die künftig nur noch einen „Verbindungsmann“ zur künftigen Online-Kommandozentrale in Form eines zusätzlichen Chef vom Dienst haben sollen. Ein weiterer Schlag für Verlagsstandorte wie Rostock und Lübeck, denen 2016 im Zuge von „Madsack 2018“ ein Viertel bzw. ein Drittel der redaktionellen Stellen gestrichen wurden.

Madsack beschwichtigt in gewohnter Weise: Natürlich behielten die Chefredaktionen der einzelnen Titel die journalistische Hoheit, heißt es, der „Digital Hub“ sei ein reiner Dienstleister. Die Realität dürfte anders aussehen, das lehrt das Beispiel des Redaktionsnetzwerkes Deutschland (RND) bei gedruckten Ausgaben: Sind die Ressourcen vor Ort erst einmal abgebaut, fehlt häufig schlicht die Kraft, den „Angeboten“ aus Hannover etwas Eigenes entgegen zu setzen.

Erschwerend kommt hinzu, dass der „Hub“ – der Begriff beschreibt in der Technik einen Netzwerkknoten, der eingehende Signale an alle Empfänger einfach weiterleitet – eine Doppelfunktion haben wird. Er soll neben den regionalen Portalen, Apps und sonstigen Aktivitäten auch die Plattform „RND.de“ bedienen, mit der Madsack verstärkt im

nationalen Nachrichtengeschäft mitmischen will. Verantwortet wird diese Strategie von RND-Chefredakteur Wolfgang Büchner, im Madsack-Sprech „Chief Content Officer“, der nach seinem Abgang beim „Spiegel“, als Chefredakteur der dpa und einem Zwischenspiel beim Schweizer „Blick“ Anfang 2017 zu Madsack wechselte.

Ob der Spagat zwischen Streben nach nationaler Größe und Sicherung des regionalen Kerngeschäfts der mit dem Slogan „Herzschlag unserer Heimat“ werbenden Mediengruppe gelingt, ist offen. Mit der immer weiter auf Zentralisierung und Vereinheitlichung der Angebote der Titel zwischen Rostock und Göttingen, Hannover und Leipzig wächst das Risiko, dass die Verankerung vor Ort bröckelt.

Unklar ist auch, wie weit es Madsack gelingt, die derzeit auf den Online-Stellen der Regionalverlage beschäftigten Redakteure nach Hannover zu „motivieren“. Sollten die Nein sagen, so die Antwort auf eine entsprechende Frage des Branchenportals meedia.de, bestehe kein Grund zur Beunruhigung. „Wir planen keine Kündigungen.“

Aktuelle Informationen:

www.qualitaet-und-vielfalt-sichern.de

Netzwerktagung für Ausbilder/innen:

Gute Ideen für ein gutes Volontariat

Die Novellierung des Ausbildungstarifvertrags für Tageszeitungen hat die Diskussion um das gute Volontariat wieder in die Branchenöffentlichkeit gebracht. Das zeigte sich beim ersten bundesweiten „Netzwerktreffen für Volontärsausbilder/innen“ am 6. März in Hannover, zu dem die Journalistengewerkschaften dju in ver.di und DJV sowie der Verlegerverband BDZV eingeladen hatten. Rund 80 Teilnehmer_innen waren der Offerte zum Gedankenaustausch gefolgt.

Seit einigen Jahren beklagen Zeitungen, dass sie weniger oder schlechtere Bewerbungen erhalten, wie M berichtete. So ging es auch den Redaktionen der 15 Publikationen des Madsack-Konzerns, wie Personalleiter Adrian Schimpf, Hausherr der Veranstaltung, berichtete. Die Verlagsgruppe reagierte darauf mit einer Zusammenlegung der Ausbildung für alle ihre Blätter und gründete den Madsack-Campus in der Nähe des Pressehauses. Die neue Ausbildung wurde bundesweit beworben, die Zahl der Bewerbungen „hat sich dramatisch erhöht“, so Schimpf.

Ausführlicher Bericht auf M-Online: von Susanne Stracke-Neumann:

<https://tinyurl.com/ycjdvtsj>



Offene Debatten in guter Atmosphäre: Eva Werner vom DJV auf dem Podium mit Moderatorin Tina Groll und Miriam Scharlibbe, Jugendvertreterin im dju-Bundesvorstand (v.l.n.r.)

Foto: Marta Krajnovic

Ausstellung in der ver.di-MedienGalerie:

Unter Druck - Journalisten im Visier - Das Beispiel Türkei

Es gibt viele Länder weltweit, in denen die Pressefreiheit unter Druck ist. Aber in keinem anderen Land sind so viele Journalisten wegen ihrer beruflichen Arbeit inhaftiert oder unter fadenscheinigen Begründungen unter Anklage gestellt wie in der Türkei.

Deniz Yücel ist freigelassen worden. Doch am selben Tag wurden drei Journalisten zu verschärfter lebenslanger Haft verurteilt. Weiterhin sind mehr als 150 Journalisten eingesperrt.

Ausstellung in der ver.di-MedienGalerie, Dudenstraße 10, 10965 Berlin mit Berichten, Lesung und Diskussionen vom 15. März bis 18. Mai 2018

Ausstellungseröffnung:

Donnerstag, 15. März 2018 um 18 Uhr
Es spricht u. a. Özcan Mutlu, MdB a.D., über die Folgen der türkischen Politik in Deutschland und die notwendige Solidarität.

Lesung Verband Deutscher Schriftsteller

Donnerstag, 19. April um 18 Uhr:
Aziz Tunc liest aus seinem Buch „Töte du mich“ und spricht über die derzeitige Situation in der Türkei.

Tag der Pressefreiheit

Donnerstag, 3. Mai um 18 Uhr
Podiumsdiskussion mit Ebru Tasdemir, Journalistin, und weiteren Gästen

www.mediengalerie.org

Einigung bei Thomson Reuters

Die Tarifverhandlungen für die rund 120 Beschäftigten bei Reuters Deutschland haben am 13. Februar zu einer Einigung geführt. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Die allermeisten Beschäftigten können mit Wirkung ab 1. April 2018 ein Lohnplus von 2,6 Prozent oder mehr erwarten. Wer im Prozess von Leistungsstufen beser abschneidet, kommt durchschnittlich auf ein Plus von etwa 3,1 Prozent oder sogar 3,7 Prozent.

Die Tarifgehälter werden für alle um 1,5 Prozent erhöht. Zusätzlich gibt es leistungsabhängige Zulagen. Sie werden als tabellenwirksame Sockelbeträge ausgezahlt und bleiben dauerhafter Bestandteil des Gehalts. Es sind also keine Einmalzahlungen.

Die Höhe der Leistungszulagen beträgt auf ein Jahr bezogen je nach Leistungsstufe 350 Euro, 700 Euro, 1000 Euro oder 1400 Euro.

Ausführliches Tarifinfo auf der Internetseite der dju Berlin-Brandenburg:

<https://tinyurl.com/ybumyuvq>



Istanbul, 1. Mai 2016: Journalisten laufen auseinander, nachdem aus einem vorbeifahrenden Polizeiauto eine Tränengas-Granate in die Gruppe geworfen wurde. Zu diesem Zeitpunkt waren keine Demonstranten auf dieser Straße!
Foto: Willi Effenberger

„Under Pressure - Die Freiheit nehm ich dir“: 31. Journalistentag

Seit Geburt des Artikel 5 im Grundgesetz 1949 hat sich der Text nicht verändert. „Verfassungsrechtlich gesehen erfreut sich die Pressefreiheit also bester Gesundheit“, konstatierte Ulrich Chaussy am 20. Januar in Berlin. „Und die Verfassungswirklichkeit?“ Dazu lieferte der Publizist als Keynote-Sprecher auf dem 31. Journalistentag von ver.di eine Analyse mit erhellenden Rückblicken. Unter dem Titel „Under Pressure - Die Freiheit nehm ich dir“ wurde bei der Veranstaltung mit rund 200 Teilnehmer/innen das hohe Demokratiegut weltweit und in Deutschland unter die Lupe genommen.

Ausführlicher Bericht auf M-Online: <https://tinyurl.com/y7shdezr>

Verfassungsbeschwerde

Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di unterstützt eine Verfassungsbeschwerde gegen die Ermächtigung des Bundesnachrichtendienstes (BND) zur sogenannten Ausland-Ausland-Überwachung.

„Das neue Gesetz ermöglicht dem BND die Überwachung von Journalistinnen und Journalisten im Ausland sowie ihrer Quellen ohne konkreten Anlass oder Verdacht. Das ist ein schwerwiegender Eingriff in die Pressefreiheit“, sagte die Bundesgeschäftsführerin der dju in ver.di, Cornelia Haß. Die ungestörte vertrauliche Kommunikation sei eine Grundbedingung für die Ausübung journalistischer Tätigkeit. Ohne sie könnten der Quellenschutz und das Redaktionsgeheimnis als Garanten von Presse- und Rundfunkfreiheit nicht sichergestellt werden. Zu den Unterstützern gehören, neben der dju in ver.di, Reporter ohne Grenzen (ROG), der Deutsche Journalisten-Verband (DJV), das Journalisten-Netzwerk n-ost sowie netzwerk recherche (nr).

<https://tinyurl.com/y9ejde5d>

Twitter-Tipps



Fachgruppe
Verlage, Druck
und Papier:
@vdp_in_verdi

die dju:
@djuverdi

Tarifinfos:
@tarif_medien

Impressum

Der Verlagsnewsletter ist eine Publikation der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft Bundesfachbereich 8

Bereich Medien, Paula-Thiede-Ufer 10
10112 Berlin

V.i.S.d.P.: Matthias von Fintel
Tarifsekretär Medien
Redaktion: Silke Leuckfeld
<http://tinyurl.com/o2jwqh>

DIE STÄRKE VON VER.DI WÄCHST MIT JEDEM MITGLIED - DER BEITRITT LOHNT SICH.
<https://mitgliedwerden.verdi.de/>